

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Ralf Georgi (DIE LINKE.)

betr.: Barrierefreies Wohnen im Saarland

Vorbemerkung des Fragestellers:

„In der Saarbrücker Zeitung vom 06.06.2012 wird die Aussage eines Vertreters vom Stadtplanungsamt Saarbrücken zitiert, wonach es allein in der Landeshauptstadt Saarbrücken etwa 6000 mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger, allerdings nur rund 1000 barrierefreie Wohnungen gibt. Ein solcher Zustand stellt Menschen mit Behinderungen vor enorme Probleme, zumal die derzeit vorhandenen barrierefreien Wohnungen nicht nur von ihnen, sondern auch von anderen Personengruppen, etwa älteren Menschen, dringend benötigt werden. Eine Bestandsaufnahme über die Anzahl und den Bedarf barrierefreier Wohnungen im Saarland ermöglicht politische Schlussfolgerungen zur Förderung des Ausbaus solcher Wohnungen.“

Vorbemerkung Landesregierung:

Immer mehr Menschen möchten lange selbstbestimmt und möglichst selbständig in ihrer Wohnung leben, was vor allem für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ein zentrales Anliegen darstellt. Eigenständig bedeutet für sie ohne Einschränkungen – also barrierefrei - leben, indem das Wohnumfeld gezielt an die Bedürfnisse dieser Personengruppe angepasst wird. Neben der ursprünglichen Bedeutung dieses Begriffs, nämlich der Assoziation mit körperlicher Einschränkung, Alter und Krankheit gewinnt auch eine gesicherte Eigenständigkeit immer mehr an Bedeutung. Vor allem im Hinblick auf den demographischen Wandel und die UN- Behindertenrechtskonvention hat das Thema Barrierefreiheit an Bedeutung gewonnen. Mit zunehmendem Alter wird die Wohnung immer mehr zum Lebensmittelpunkt und Barrieren können vor allem älteren Menschen und auch Menschen mit Behinderungen das Leben schwer machen. Oft bleibt in solchen Fällen nur noch der Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim.

Ausgegeben: 05.09.2012 (27.06.2012)

Durch eine steigende Attraktivität der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze wird diesem Umstand jedoch nur zum Teil Rechnung getragen. Alternativen zur Vermeidung eines Heimaufenthalts bieten in diesem Zusammenhang eine alters- und behindertengerechte Anpassung der eigenen Wohnung oder der Umzug in eine entsprechend ausgestattete Wohnung. Sie ermöglicht die Aufrechterhaltung eines selbständigen Lebens sowohl im Alter als auch bei einer aus anderen Gründen eingeschränkten Mobilität. Die landesweit ausgebauten Fachdienste „Ambulante Hilfen zum Wohnen“ gewährleisten eine umfassende Beratung, Anleitung und Unterstützung bei Problemstellungen. Für bisher stationär wohnende Menschen mit Behinderung eröffnet barrierefreier Wohnraum die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes ambulantes Wohnen.

Wie hat sich die Anzahl barrierefreier Wohnungen im Saarland seit 2002 entwickelt? Bitte aufschlüsseln nach Jahren und einzelnen Kommunen.

Zu Frage 1:

Darüber liegen der Landesregierung keine Daten vor. Da mit zunehmender Alterung der Bevölkerung und einer steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen im hohen Alter u.a. mit einem steigenden Potenzial hinsichtlich eines alters- und bedarfsgerechten sowie möglichst barrierearmen Umbaus zu rechnen ist, wurde im Rahmen der Erarbeitung des Landesseniorenplanes, Teil 3, im Jahr 2011 vom Sozialministerium eine standardisierte Befragung aller 52 saarländischen Städte und Gemeinden durchgeführt, um Informationen über seniorenbezogene Hilfs- und Dienstleistungsangebote in den Kommunen zu gewinnen. Im Fragenkomplex „Wohnen“ wurde die Wohnsituation älterer Menschen (65+) zum Zeitpunkt der Erhebung in den Kommunen betrachtet. 31 Kommunen (61,3%) berichteten, dass es ein ausreichendes Angebot barrierefreier bzw. altersgerechter Wohnungen gebe, wohingegen in fast einem Viertel (22,4 %) der Städte und Gemeinden ein entsprechendes Angebot fehlt. Initiativen zur Ausweitung des Angebots barrierefreier/altersgerechter Wohnungen, z.B. durch kommunale Wohnungs- bzw. Siedlungs- oder Immobiliengesellschaften, planen 34 % der befragten Kommunen, wohingegen zwei Drittel (66 %) keine derartigen Planungen haben. Bedarf wird vor allem in Einpersonenhaushalten gesehen.

Wie hat sich die Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen im Saarland seit 2002 entwickelt? Bitte aufschlüsseln nach Jahren und einzelnen Kommunen.

Zu Frage 2:

Absolute Zahlen zur Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen im Saarland seit 2002 liegen in den Kommunen nicht vor. Allerdings wird die Privatwohnung als Standort von Unterstützung und ambulanter Pflege zukünftig von enormer Bedeutung sein. Laut Angaben des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen zufolge, leben 93 % der älteren Menschen in Deutschland im „normalen“ Wohnungsbestand. Aufgrund von Studien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zufolge, weisen lediglich 5 % der von Senioren bundesweit genutzten Wohnungen keine Barrieren auf; bis zum Jahr 2020 wird jedoch bereits ein Bedarf um das 5-fache (BMVBS, Wohnen im Alter, 2011, S.10) prognostiziert.

Im Rahmen des Aufbaus ambulanter Hilfen zum selbstbestimmten Leben und Wohnen für erwachsene Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung ab dem Jahr 2004 stellt sich die Entwicklung der Fallzahlen wie folgt dar:

Entwicklung der Zahl der Leistungsempfänger „Ambulante Hilfen zum Wohnen für Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung“ im Rahmen der Eingliederungshilfe 2004 - 2011		
Jahr	Zahl der Leistungs- empfänger	davon Menschen mit einer körperlichen Behinderung
2004	71	./.
2005	106	56
2006	144	82
2007	184	79
2008	235	89
2009	274	103
2010	331	124
2011	371	118

Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag,
dass Kommunen beim Verkauf von Bauflächen
oder beim Umbau von Wohnungen die Barriere-
freiheit zur Bedingung machen?

Zu Frage 3:

Ob Kommunen beim Verkauf von Bauflächen oder beim Umbau von Wohnungen die Barrierefreiheit zur Bedingung machen, unterliegt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung deren eigenverantwortlichen Entscheidung. Die Landesregierung sieht daher von einer eigenen Bewertung dieses Vorschlags ab.

Allerdings müssen schon heute nach § 50 Landesbauordnung des Saarlandes „in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein. Die Räume in diesen Wohnungen müssen mit dem Rollstuhl zugänglich sein.“

Zudem wurde zum 01. Juli 2012 eine neue Liste der Technischen Baubestimmungen (Amtsblatt des Saarlandes vom 14. Juni 2012) eingeführt, in der auch die neue DIN 18040 „Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen“ mit ihren Teilen 1 – öffentlich zugängliche Gebäude – und 2 – Wohnungen für das Saarland - umgesetzt ist. Damit sind die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen und müssen beachtet werden.

Weitergehende Ausführungen sind in Frage 4 beantwortet.

Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Ausbau von barrierefreien Wohnungen zu forcieren?

Zu Frage 4:

Um die Wohn- und Betreuungsangebote bedarfsgerecht zu gestalten, sind kommunale, kleinräumige Analysen und Maßnahmen notwendig, um die Rolle des Wohnens sowie die Verantwortung und Möglichkeiten von Kommunen bei Wohnraum- und Bauplanung und Stärkung von Eigeninitiative grundlagenorientiert zu klären. Beim barrierefreien Umbau wird es in Zukunft verstärkt darum gehen, hinsichtlich der Ausstattung der Wohnung die Möglichkeit innovativer technischer Unterstützung (Ambient Assisted Living, AAL) zu berücksichtigen. Dies können telemedizinische Lösungen sein oder technische Geräte, die bei der Hausarbeit eingesetzt werden, ebenso wie die intelligente Gebäudetechnik. Die Realisierung von AAL-Lösungen sollte allerdings in einem vernetzten System und Zusammenwirken von Technologie und pflegerischen oder haushaltsnahen Dienstleistungen sozialverträglich erfolgen.

Dem hohen Stellenwert des barrierefreien Bauens hat die Saarländische Landesregierung mit dem Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetz (SBGG) vom 26. November 2003 und der am 01. Juni 2004 in Kraft getretenen Landesbauordnung Rechnung getragen. Die Landesbauordnung legt in § 50 fest, welche baulichen Anlagen barrierefrei erreichbar und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend benutzbar sein müssen. Dabei ging sie bisher schon in einigen Punkten über die Anforderungen der bundesweit geltenden Musterbauordnung hinaus.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 werden Mittel des Europäischen Strukturfonds nur noch für die Durchführung von Maßnahmen, die den Zugang von Menschen mit Behinderungen gewährleisten, frei gegeben. Auch die 2004 überarbeiteten EU-Richtlinien für das öffentliche Beschaffungswesen stellen öffentliche Auftraggeber vor die Aufgabe, „für alle, einschließlich Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und andere, die umfassende Zugänglichkeit zur baulichen Umwelt zu fördern“. Ein Leitfaden mit Anleitungen, Hintergrundinformationen und praktischen Ansätzen wurde durch das von der Europäischen Union geförderte Projekt „Build for all – Bauen für alle“ erstellt.

Die Fachkommission Bauaufsicht hat im Oktober 2010 beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen mit dem Ziel, den neuen DIN-Entwurf mit den neuesten Anforderungen im Hinblick auf behindertengerechtes Bauen insgesamt im Bauordnungsrecht einfließen zu lassen. Das Ministerium für Inneres und Sport, als Oberste Bauaufsicht, wird sich in der Arbeitsgruppe engagieren, um die hier notwendige Umsetzung der neuesten Anforderungen, die sich auch in den bauordnungsrechtlichen Landesgesetzen und ihren Verordnungen niederschlagen müssen, mit zu gestalten.

Hinweis: In die Versorgung älterer Menschen mit Behinderungen, die in Privathaushalten wohnen, sind auch die Kommunen einzubeziehen. Bei gleichzeitiger Pflegebedürftigkeit im Sinne des SGB XI kommen außerdem Leistungen der Pflegekasse für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen gemäß § 40 SGB XI in Betracht.

Das Land unterstützt private als auch öffentliche Wohnungseigentümer und Bauträger in ihren Bemühungen, die Wohnbedürfnisse nach Barrierefreiheit anzupassen. Dies geschieht bzw. geschah durch folgende Programme:

Wohnen im Alter

Eine qualitative Befragung zum Thema Wohnungsanpassung (HTW des Saarlandes, Renaud & Langguth, 2010) zeigt, dass bei entsprechender finanzieller Förderung eine große Gruppe älterer Menschen ihre Privatwohnung als Vorsorgemaßnahmen altersgerecht umbauen lassen.

Das Sonderprogramm „Wohnen im Alter“ wurde ab 1.12.2008 (Amtsblatt des Saarlandes vom 27.11.2008) mit dem Ziel aufgelegt, eine Anpassung des Wohnumfeldes, der Wohnräume und der Dienstleistungen an die Bedürfnisse der jeweiligen Generation (ab 60 Jahren) durch Förderung von Einzelmaßnahmen vorzunehmen. Aufgrund der aufgebrauchten Haushaltsmittel wurde ab 15.06.2010 ein Antragsstopp verhängt. Die Endabwicklung bereits beschiedener Anträge erfolgte bis Ende 2011. Insgesamt wurden 2.531 Maßnahmen finanziell gefördert; das verausgabte Fördervolumen betrug 6,4 Mio. Euro. Insgesamt konnten damit Investitionen in Höhe von mehr als 28 Mio. Euro getätigt werden.

Mietwohnungen für ältere und behinderte Menschen

Durch die Förderung zur Herrichtung von Mietwohnungen wird den Belangen älterer und behinderter Menschen Rechnung getragen, so lange wie möglich in ihrer vertrauten, häuslichen Umgebung bleiben und am gewohnten gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Durch die Gemeinsame Förderrichtlinie des Finanz- und Sozialministeriums vom 14.02.2012 (Amtsblatt des Saarlandes vom 08.03.2012) zur Herrichtung von Mietwohnungen für ältere und behinderte Menschen wurde die Möglichkeit geschaffen, die Reduzierung von Barrieren in Wohnungen bzw. die barrierefreie Gestaltung von Wohnraum durch Mittel der sozialen Wohnraumförderung stärker zu unterstützen. Ziel des Programms ist es, im saarländischen Mietwohnungsbestand Wohnraum in ausreichendem Maße an die Wohnbedürfnisse älterer und behinderter Menschen anzupassen und damit das Wohnen in einem späteren Lebensabschnitt oder das Wohnen mit einer Behinderung möglichst lange selbstbestimmt und im gewohnten sozialen Umfeld zu ermöglichen.

Damit setzt die Förderrichtlinie auch die Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention nach selbstbestimmten Wohnformen um. Das Programm richtet sich an private Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften. Zielgruppe sind Mieter mit geringem Einkommen.

Das Programm ist am 1.2.2012 in Kraft getreten. Für das Jahr 2012 stehen zunächst 5,8 Mio Euro zur Verfügung. Die Förderung erfolgt als zinsgünstiges Baudarlehen oder als nicht rückzahlbarer Zuschuss.

Runder Tisch für barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Im gemeinsamen Zusammenwirken zwischen Land, den Kommunen, den Vertretern der Betroffenen und der Leistungserbringer wurde auf Initiative der Landesregierung ein „Runder Tisch“ gegründet, der die Zielsetzungen und weiteren Arbeitsschritte zur Schaffung des entsprechenden Wohnraums thematisiert und diskutiert sowie Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Sonstiges

Im Rahmen der Eingliederungshilfe unterstützt die Landesregierung den Wunsch erwachsener Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung nach einem selbstbestimmten Leben und Wohnen. Dazu wurde landesweit ein Angebot an ambulanten Diensten aufgebaut. Die Fachdienste „Ambulante Hilfen zum Wohnen“ gewährleisten diesen Menschen eine umfassende Beratung, Anleitung und Unterstützung verschiedener Problemstellungen. Die Entwicklungszahlen für den Zeitraum 2004-2011 sind in Frage 2 dargestellt.